

Januar



Die **Gentechnik** wurde zu Beginn des Jahres kontrovers diskutiert. Auch meine erste Rede vor dem Deutschen Bundestag befasste sich mit diesem Thema. Meiner Meinung nach müssen wir die Chancen und Risiken der Gentechnik gleichermaßen betrachten und unsere Entscheidungen auf wissenschaftlicher Grundlage treffen. Für Deutschland bringt der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen derzeit keinen Vorteil. Die grüne Gentechnik ist weltweit seit nahezu 20 Jahren im Einsatz und bis heute ist kein einziger Fall bekannt, in dem Menschen oder Tiere zu Schaden gekommen sind. Die weiße Gentechnik ist im Bereich der Lebensmittelverarbeitung (z. B. Hefen, Lab und Enzyme) längst Standard. Auch die rote Gentechnik ist im Medizinbereich (z. B. Insulin) nicht mehr weg zu denken. Über die grüne Gentechnik wird leider sehr emotional und immer nur auf Basis der Patentinhaberschaft von Monsanto diskutiert.

Ich persönlich unterstütze eine durchgehende Kennzeichnung, wo sowohl bei Lebens- und Arzneimitteln als auch bei Kleidungsstücken und Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens die Verwendung von grüner, weißer und roter Gentechnik klar auf der Verpackung gekennzeichnet sind. Darüber hinaus halte ich es für wichtig, die Diskussion gestützt auf wissenschaftlichen Ergebnissen und die Technologie getrennt von Patentinhaberschaften und Vertriebswegen zu führen.

Februar



Anfang Februar eröffnete ich mein **Wahlkreisbüro** in Süßen. Seitdem wird es von den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis als zentrale Anlaufstelle für Anliegen aller Art gut angenommen. Das Wahlkreisbüro ist montags und mittwochs von 9.00 - 12.30 Uhr und 14.00 - 17.00 Uhr sowie freitags von 14.00 bis 17.00 Uhr geöffnet.

In meinem Wahlkreisbüro führe ich regelmäßig Bürgergespräche. Allerdings ist es mir wichtig, überall im Landkreis präsent zu sein. Deshalb lade ich auch regelmäßig zu Bürgersprechstunden im ganzen Kreis Göppingen ein. Die nächste Sprechstunde ist für 11. Februar 2015 in Deggingen geplant.

März



Im Frühjahr beschäftigten wir uns im Landkreis wie in Berlin intensiv mit der **Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG)**. Ziele waren der Ausbau erneuerbarer Energien voran zu treiben, die Kosten für den weiteren Ausbau zu senken und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu erhalten. Darüber hinaus musste gewährleistet werden, dass die Stabilität der Stromversorgung gesichert bleibt, die Regelungen dem Europarecht entsprechen und Investoren, die sich auf verbindliche Zusagen des Staates verlassen haben, Vertrauensschutz erhalten. Es war schwierig all diese Kriterien in einem Gesetzesentwurf zu verarbeiten.

Entgegen der großen Mehrheit stimmte ich letztendlich gegen den Gesetzesentwurf, da ich die Umverteilung der Lasten auf die verschiedenen Energieträger und die damit verbundene Schlechterstellung der Biomasse gegenüber anderen Energieträgern für unausgewogen halte. Zudem werden meiner Meinung nach den Interessen des ländlichen Raums zu wenig Bedeutung zugemessen.

April



Im April startete ich meine so genannte **Vor-Ort-Aktion**, die mich nach und nach in alle 38 Städte und Gemeinden des Landkreises Göppingen führt. Mir ist es wichtig, direkt von den Menschen vor Ort zu erfahren was sie bewegt und welche Anforderungen sie an die Bundespolitik stellen. Außerdem möchte ich ein „greifbarer“ Abgeordneter sein und mit den Bürgerinnen und Bürgern regelmäßig ins Gespräch kommen. Sechs Städte und Gemeinden habe ich bereits besucht, weitere acht sind terminlich fixiert.

Mai



Der Mai stand im Fokus der **Kommunal-, Regional- und Europawahlen**, die am 25. Mai 2014 stattfanden. Ich bin froh, dass sich im Kreis Göppingen viele engagierte Frauen und Männer gefunden haben, die dazu bereit waren, Verantwortung in den Kommunalparlamenten zu übernehmen. Ausdrücklich möchte ich an dieser Stelle auch all jenen danken, die sich zur Wahl stellten, aber nicht gewählt wurden und die sich für die CDU im Wahlkampf engagiert haben.

Die Wahlen haben die Stellung der CDU als Partei der Basis gestärkt. Unsere Kandidaten sind in nahezu allen Gemeinde- und Ortschaftsräten vertreten. Bei der Kreistagswahl konnten wir im Vergleich zu 2009 sogar 4,1 Prozent dazu gewinnen und auch bei der Europawahl legte die CDU im Kreis um 1,1 Prozent auf 39,5 Prozent zu.

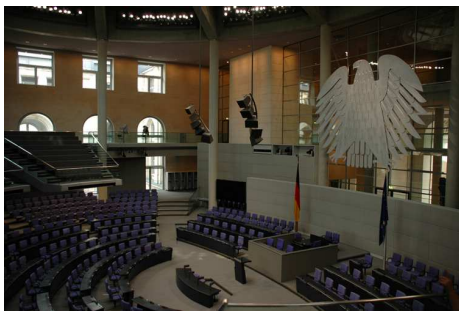
Juni



Das verabschiedete **Rentenpaket** beinhaltet die von der Union geforderte Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren. Außerdem sieht es Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente vor. Die Mütterrente löst ein Generationenproblem. Dank ihr wird die Erziehungsleistung von Müttern, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, stärker gewürdigt. Etwa 9,5 Millionen Menschen, überwiegend Frauen, erhalten seit 1. Juli 2014 knapp 28 Euro monatlich mehr, im Osten sind es gut 26 Euro. Dies ist eine Verdopplung des bisherigen Betrages.

Die Rente mit 63 Jahren war unser großes Zugeständnis in den Koalitionsverhandlungen. Nachdem allerdings der Kompromiss gefunden wurde, dass Zeiten der Arbeitslosigkeit nur bei Insolvenz des Arbeitgebers angerechnet werden und damit die Gefahr einer massenhaften Frühverrentung mit bereits 61 Jahren gebannt ist, war der Gesetzesentwurf für mich akzeptabel. Seit 1. Juli 2014 können nun Arbeiterinnen und Arbeitnehmer, die 45 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung vorweisen, mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen. Schrittweise wird dieses Eintrittsalter bis 2029 auf 65 Jahre erhöht.

Juli



2014 erinnerten wir an den Ausbruch zweier Weltkriege. Dass Frieden, Freiheit und Wohlstand nicht selbstverständlich sind lehrt uns nicht nur unsere eigene Geschichte, sondern auch die **aktuellen Krisen** auf der ganzen Welt. Vor ihnen können und dürfen wir nicht die Augen verschließen. Für mich stellt es ein Gebot der Menschlichkeit dar, Hinrichtungen und Massengewaltungen zu verhindern und Verfolgten zu helfen. An allererster Stelle muss allerdings die Suche nach einer friedlichen Lösung stehen. Dass es solche geben kann, beweist ebenfalls unsere deutsche Geschichte. Ich bin sehr dankbar, dass wir in diesem Jahr den 25. Jahrestag des Falles der Berliner Mauer feiern konnten.

August



20 Jahre nach Einführung der Pflegeversicherung wurde dieses Jahr eine wichtige Reform verabschiedet, die Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte entlastet. Die **Pflegereform** sieht eine Verbesserung der Pflegeleistungen ab dem 1. Januar 2015 sowie die Schaffung eines so genannten Pflegefonds vor. Letzterer ist wichtig, um auch künftig die Beiträge der Versicherten stabil zu halten, wenn geburtenstarke Jahrgänge in das typische Pflegealter kommen. Das schafft Generationengerechtigkeit. In einem zweiten Gesetz sollen weitere Schritte folgen, um Demenz noch stärker zu berücksichtigen. Die

zweiteilige Pflegereform soll den Betroffenen einen würdevollen Lebensabend ermöglichen. Dies findet meine volle Unterstützung.

September



Bild: Deutscher Bundestag

Das geplante **transatlantische Freihandelsabkommen (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*, kurz *TTIP*) zwischen der EU und den USA** befindet sich derzeit im Verhandlungsprozess. Viele Mythen und Unterstellungen sind dazu im Umlauf. Eines ist für mich gewiss: Sollte das Abkommen wirklich zu einer Gefährdung unserer Verbraucherstandards und unserer demokratischen Grundordnung kommen, ist es für mich auf keinen Fall zustimmungsfähig, egal wie groß die wirtschaftlichen Vorteile sind. Allerdings gibt es für mich dafür keine Anzeichen. Ich war Anfang September mit einer Bundestagsdelegation in den USA, um dieses Thema mit Vertretern aus Regierung, Politik, Wirtschaft, Verbänden und Nichtregierungsorganisationen intensiv zu diskutieren. Uns wurden von deutschen Wirtschaftsvertretern, die auf dem US-amerikanischen Markt tätig sind, zahlreiche Beispiele genannt, die ihre Arbeit erschweren. Hierzu zählt der enorme bürokratische Aufwand, der vor allem kleinen und mittelständischen Betrieben den Marktzugang erschwert, Doppelzertifizierungen, Zölle für Verpackungen sowie aufwändige Überprüfungen beim Import von Waren. Durch ein gemeinsames Freihandelsabkommen, das insbesondere eine Bürokratievereinfachung und somit einen erleichterten Marktzugang sowie Zollsenkungen vorsieht, ergeben sich große wirtschaftliche Chancen, insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen. Allerdings gibt es auch strittige Punkte wie die unterschiedlichen Standards sowie Regelungen bei der Herstellung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln, insbesondere den Einsatz von Genprodukten und Hormonen.

Die USA zählt zu unseren wichtigsten Handelspartnern. Ein Freihandelsabkommen mit ihnen würde unsere Wirtschaft stärken, Arbeitsplätze schaffen und erhalten sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas verbessern. Trotzdem müssen wir den gesamten Verhandlungsprozess intensiv verfolgen. Der Deutsche Bundestag tut dies übrigens durch Debatten, Expertenanhörungen und durch Konsultationen. Ich denke, mittlerweile ist auch der Informationsfluss an die breite Öffentlichkeit sehr gut.

Oktober



Das so genannte **Elterngeld-Plus** sieht eine Ausweitung des Bezugs von Elterngeld auf maximal 14 Monate für beide Elternteile vor. Die Höhe beträgt 65 Prozent des Voreinkommens, höchstens 1.800 Euro. Bei Teilzeit (bis zu 30 Wochenstunden) wird die Differenz zum Einkommen vor der Geburt ersetzt, dabei wird aber ein ganzer Elterngeldmonat verbraucht. Dadurch sollen die Ungerechtigkeiten für Teilzeitbeschäftigte aufgehoben werden. Bisher erhielten Eltern, die in Teilzeit arbeiteten und Elterngeld bezogen, insgesamt weniger Geld als nicht arbeitende Elternteile in Elternzeit. Zudem gibt es einen so genannten Partnerschaftsbonus. Wenn beide Elternteile für mindestens vier Monate zwischen 25 und 30 Wochenstunden arbeiten, können sie jeweils vier weitere Monate Elterngeld plus erhalten. Außerdem wird die Möglichkeit einer unbezahlten Auszeit zwischen dem dritten und achten Geburtsjahr des Kindes für bis zu 24 Monate eingeräumt. Zwar erhalten die Eltern dann kein Elterngeld, dafür haben sie aber das Recht, wieder in ihren alten Arbeitsplatz zurück zu kehren.

November



Im November wurde mir eine besondere Ehre zuteil. Ich wurde zum Botschafter der Erlebnisregion Schwäbischer Albtrauf e. V. (ESA) ernannt. Als Bundestagsabgeordneter bin ich viel unterwegs und komme mit zahlreichen Menschen ins Gespräch. Ich möchte dies nutzen, um auf die Erlebnisregion mit ihren derzeit 29 Städten und Gemeinden, aufmerksam zu machen. Unsere Region ist mit einer einzigartigen Landschaft gesegnet. Darüber hinaus werden bei uns hochwertige regionale Produkte hergestellt und traditionsreiche Feste gefeiert. Ich finde, dass wir dieses Potenzial weiter ausbauen und einen landschaftsverträglichen Tourismus fördern sollten. Ich möchte meinen Teil dazu beitragen, indem ich für die ESA werbe und das engagierte Team unterstütze.

Dezember



Durch das von mir ermöglichte Gespräch einer Kreisdelegation mit Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt Anfang Dezember in Berlin, rückten der Ausbau der A8 am Alaufstieg und der Weiterbau der B10 bis über Geislingen hinaus in das Zentrum der öffentlichen Diskussion.

Bezüglich des Ausbaus der A8 am Alaufstieg – des bald einzigen nicht sechsspurigen Streckenabschnitts zwischen den beiden bedeutenden Wirtschaftszentren Stuttgart und München – werden die Unterlagen der Planfeststellung aus dem Jahre 2005 derzeit überprüft und aktualisiert. Dafür ist das Land Baden-Württemberg zuständig. Erst danach kann das Planfeststellungsverfahren wieder in Gang gebracht werden. In Punkto Finanzierung versicherte Bundesverkehrsminister Dobrindt, dass es keine Vorfestlegung für ein Finanzierungsmodell gebe. Bei den Kosten von 400 Mio. Euro handle es sich allerdings um veraltete Zahlen und man müsse mit einer deutlichen Kostensteigerung rechnen. Da diese große Summe nicht aus den herkömmlichen Haushaltsmitteln aufgebracht werden könne, dürfe man sich aber auch so genannten ÖPP-Modellen, also öffentlich-privaten Partnerschaften nicht verschließen.

Bezüglich der Finanzierung des Weiterbaus der B10-neu verwies Dobrindt darauf, dass es in Deutschland über 2.200 derartige Projekte gebe, und dass er derzeit kein Geld zur Verfügung stellen könne. Dies hat auch damit zu tun, dass die Kosten für zwei benötigte Brückenbauwerke zwischen Süßen-Ost und Gingen-Ost, die bisher auf rund eine Mio. beziffert wurde, nun plötzlich drei Mio. kosten sollen. Diese nicht unwesentliche Information erhielt der Bund vom Land Baden-Württemberg erst kurz vor unserem Gespräch. Es konnte daher nicht mehr rechtzeitig geklärt werden, worauf diese Verdreifachung der Kosten zurück zu führen ist. Sie können sich darauf verlassen, dass ich weiter in stetigem Kontakt mit dem Minister und den zuständigen Stellen im Ministerium bin, um den Bau der B10 zu befördern, wo es nur geht. Öffentlich werde ich das allerdings nur dann machen, wenn ich wirklich neue Sachinformationen habe.

Was die öffentliche Diskussion betrifft, kann ich nicht verstehen, dass unser ursprüngliches gemeinsames Ziel nicht mehr im Vordergrund steht und politische Akteure versuchen die Fahrt nach Berlin in den Schmutz zu ziehen. Denn alle Bundes- und Landtagsabgeordnete aus dem Kreis Göppingen sowie zahlreiche Bürgermeister haben genau diesen Termin in einem Schreiben an Bundesverkehrsminister Dobrindt im Mai dieses Jahres unterzeichnet und auf ein Treffen gedrängt. Als daraufhin eine erste Absage aus Berlin folgte, rief dies große Empörung hervor. Das scheinen inzwischen viele vergessen zu haben.

Was zudem bei nahezu allen Berichterstattungen verschwiegen wurde, ist der Bezug von Dobrindts Aussagen zu den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln des Bundes für den Straßenbau. Diese sind derzeit insgesamt zu gering. Zwar wird aus Regierungskreisen ein Investitionsprogramm in Aussicht gestellt. Doch der Umfang der zusätzlich zu erwartenden Finanzmittel befinden sich derzeit in der politischen Abstimmung mit den Koalitionspartnern. Der genaue Rahmen steht noch nicht fest. Allerdings spricht viel dafür, dass in den nächsten Jahren aus verschiedenen Programmen mehr Gelder für Verkehrsinvestitionen bereitgestellt werden, als heute absehbar ist. Ohne konkrete Versprechungen machen zu wollen oder zu können: Ein früherer Baubeginn unserer Straßenbauprojekte im Kreis Göppingen ist alles andere als ausgeschlossen.

Ich hoffe, dass ich mit diesem Jahresrückblick Ihr Interesse wecken konnte. Wir haben in diesem Jahr vieles geschafft, wichtige Projekte angestoßen und Herausforderungen gemeistert. Ich bin mir sicher, dass uns dies auch im neuen Jahr gelingen wird. Hierfür wünsche ich uns allen viel Gesundheit, Kraft und die nötige Gelassenheit.



Alles Gute für 2015,

Ihr Hermann Färber



Hermann Färber

Ihr Bundestagsabgeordneter für den Kreis Göppingen

Heidenheimer Straße 68 | 73079 Sülzen | 07162 3057057 | hermann.farber@bundestag.de